

Die AfD vertritt in Bezug auf Gute Arbeit, Investitionen, Daseinsvorsorge und Bildungspolitik eine beschäftigten- und demokratiefeindliche Politik

1.1 Gute und sichere Arbeit Fehlannonce

Tarifbindung spielt bei der AfD keine Rolle und kommt im Programm nicht vor.

Der wirtschaftspolitische Plan der AfD sieht „Bürokratieabbau“ vor und massive Steuersenkungen sollen die Wirtschaft ankurbeln. Ganz klar wird die **neoliberale Kahlschlagpolitik des argentinischen Präsidenten Milei als Vorbild** genannt: „S. 30). Die fatalen Konsequenzen seiner Politik für Beschäftigte und die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung erwähnt die AfD nicht.

Die AfD verspricht, dass die Wirtschaft wachsen werde, sobald Regulierungen aufgehoben, mehr unternehmerische Freiheit ermöglicht und Steuern und Abgaben (gerade für Unternehmen) großflächig abgeschafft werden. (S. 32).

Die AfD spricht sich für eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten aus und möchte mehr verkaufsoffene Sonntage. Statt öffentliche Ausgaben und Investitionen an gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne zu koppeln, will die AfD das Gegenteil tun: **öffentliche Ausschreibungen seien zu kompliziert, weshalb die AfD sie vereinfachen und beschleunigen will** (S. 35) – mit genau diesen Argumenten hat die AfD auf Bundes- und Länderebene die Rücknahme von Tariftreugesetzen gefordert.

Bürger*innen sollen genau wie Unternehmen v.a. durch Steuersenkungen oder -abschaffungen unterstützt werden. Zwar wird hervorgehoben, dass gerade niedrige Einkommen unter indirekten Steuern (z.B. Mehrwertsteuer) leiden, angekündigt

werden dann aber v.a. die **Abschaffung von Erbschafts- und Schenkungssteuern**, wodurch die Reichen dieser Gesellschaft am meisten profitieren würden. (S. 60)

Der **Mindestlohn taucht bei der AfD nur auf, weil die Partei mehr Ausnahmen schaffen will**: um die Landwirtschaft zu entlasten, sollen für Saisonarbeitskräfte Ausnahmeregelungen geschaffen werden. (S. 70)

Betriebliche Mitbestimmung kommt im Programm an keiner Stelle vor.

1.2 Investitionsoffensive unrealistisch

Die AfD kündigt massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur an, insbesondere Straßen und Brücken sollen saniert werden, zudem soll der Netzausbau für schnelles Internet vorangetrieben werden (S. 51). Woher das Geld dafür kommen soll, wenn gleichzeitig beinahe alle Steuern gesenkt oder abgeschafft werden sollen und neue Schulden, eine **Aufweichung der Schuldenbremse oder „Sondervermögen“ vehement abgelehnt** werden (S. 64), wird im Programm nicht näher ausgeführt.

Klimapolitik wird bei der AfD ausschließlich als Hindernis für die Wirtschaft dargestellt. Das Landesklimateutschutzgesetz, nach dem Rheinland-Pfalz bis 2040 klimaneutral wirtschaften soll, soll wieder abgeschafft werden (S. 78): „Die AfD fordert, den

Ausbau von Erneuerbaren Energien zu bremsen.“ (S. 37).

Die Idee des **Wiedereinstiegs in die Kernenergie** wird als Lösung präsentiert.

Das Verbrenner-Aus wird von der AfD abgelehnt. (S. 52)

1.3 Lückenhafte Daseinsvorsorge ohne Finanzierungskonzept

Die AfD fordert eine Stärkung der Kommunen, diverse Leistungen sollen mit Zahlungen von der Landesebene kompensiert werden. Die Altschulden der Kommunen sollen vom Land übernommen werden, der kommunale Finanzausgleich soll besser ausgestattet werden (S. 56-57). Auch hier bleibt offen, woher das dafür benötigte Geld kommen soll, zumal **Grund- und Gewerbesteuern, für viele Kommunen die zentrale Einnahmequelle, abgeschafft werden sollen** (S. 61).

Fehlender bezahlbarer Wohnraum soll von der AfD durch eine restriktive Migrationspolitik gelöst werden. Mehr Abschiebungen sollen den Wohnungsmarkt entlasten und dadurch die Preise senken. Zudem sollen bürokratische Vorschriften beim Bauen reduziert werden. (S. 66) **Was nicht vorkommt: mehr sozialer Wohnungsbau oder die Stärkung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.**

1.4 In der Bildungspolitik orientierungslos und ideologisiert

In der Bildungspolitik bleibt die AfD orientierungslos und bietet aus gewerkschaftlicher Sicht keine Konzepte an. Probleme in der Bildungspolitik führt die AfD einzig und allein auf Migration zurück. „Eine echte Bildungswende wird ohne eine Migrationswende nicht gelingen.“ (S. 41) **Weiter kritisiert die AfD, dass viele Schulen statt Leistungsorientierung sich zu sehr mit dem Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus beschäftigen.** Die AfD möchte die Inklusion von Kindern mit

Behinderung zurückfahren und warnt vor „Gender-Ideologie und Frühsexualisierung“. Gefördert werden sollen gemeinschaftsstiftende Rituale wie das Hissen der Landes- und Bundesfahne oder das gemeinsame Singen des deutschen Volksliedguts. (S. 43)

1.5 Demokratiefeindlich

Die Zivilgesellschaft wird von der AfD als regierungsnah und linksextrem diskreditiert. **Jegliche Förderprogramme auf Landesebene will die AfD abschaffen:** „Die AfD wird kein Steuergeld mehr an politisch tätige Organisationen geben.“ (S. 63). Wichtige Bildungs- und Demokratiearbeit würde damit auf der Strecke bleiben. Dazu zählen auch Projekte die in Betrieben und an Berufsschulen für Mitbestimmung, Partizipation und politische Bildung unverzichtbar sind.

Ein unabhängiger, umfassender und facettenreicher öffentlicher Rundfunk ist für die Gewerkschaften ein zentrales Element einer funktionierenden Demokratie. Die AfD will den Öffentlich Rechtlichen Rundfunk auf einen „Grundfunk“ verschlanken; der Rundfunkbeitrag soll abgeschafft werden. (S. 90) Für die DGB-Gewerkschaften ist das nicht akzeptabel.

Warum die AfD sonst noch für eine Beschäftigtenfeindliche Politik steht:

[AfD: Der Feind der Beschäftigten | DGB](#)